

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16196
Mittwoch, 15. Dezember 2021

Moosbrugger: Diese Woche weitreichende Beschlüsse für Landwirtschaft	1
Heimische Agrarvertreter betonen Verbesserungen für Tierwohl in vielen Bereichen	2
ZAG: Geflügelwirtschaft bekennt sich zur sinnvollen Verwendung männlicher Küken	3
Strasser: Schulterschluss für mehr Tierwohl schafft neue Perspektiven	5
Landwirte sehen in der Direktvermarktung die größten Zukunftschancen	6
Klimaschutz: EU-Kommission forciert "Carbon Farming"	7
Frankreich und China unterzeichnen Abkommen über Schweinefleischexporte	7
Nachfragebelebung bei Nadel-Industrierundholz im Inland	8
Tirol: Ausbreitung der Rinderseuche IBR/IPV verhindert	9
Agrana: Ergebnis im dritten Quartal 2021/22 höher als erwartet	10
Russland: Anstieg der Getreideerzeugung 2022 um 5 Mio. t vorhergesagt	11

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Moosbrugger: Diese Woche weitreichende Beschlüsse für Landwirtschaft

Tierschutz, faire Geschäftspraktiken und Stammsaisoniers im Fokus

Wien, 15. Dezember 2021 (aiz.info). - Heute und morgen stehen im Plenum des Nationalrates laut Landwirtschaftskammer (LK) Österreich-Präsident **Josef Moosbrugger** weitreichende Entscheidungen für unsere bäuerliche Familienlandwirtschaft an. Diese betreffen einerseits die Umsetzung des Tierschutzvolksbegehrens, eine rechtliche Basis für faire Geschäftspraktiken und die Schaffung eines neuen Stammsaisonier-Modells.

Rot-weiß-roter Schulterschluss für mehr Tierwohl gefordert

Einerseits soll ein Entschließungsantrag zum Tierschutzvolksbegehren vom Plenum beschlossen werden. "Sowohl im Schweine- und Geflügel- als auch im Rinderbereich sind Weiterentwicklungen vorgesehen, um für noch mehr Tierwohl zu sorgen. Damit geht die Landwirtschaft noch stärker auf die Wünsche der Bevölkerung ein. Mehr Tierwohl kann es aber nur geben, wenn auch mehr Tierwohl gekauft wird - von Verarbeitung über Handel bis zu Konsumenten. Wir brauchen einen rot-weiß-roten Schulterschluss mit verlässlichen Partnerschaften und besseren Erzeugerpreisen. Somit ist es wichtig, im selben Atemzug mit den landwirtschaftlichen Weiterentwicklungen auch für neue, gute Absatzmärkte zu sorgen. Ich fordere daher alle Teilnehmer der Wertschöpfungskette auf, sich ebenso zu mehr Tierwohl zu bekennen", unterstreicht Moosbrugger.

"Der Aktionsplan für nachhaltige Beschaffung darf nicht nur auf dem Papier bestehen. Er muss vielmehr mit Leben erfüllt werden. Auch das Taktieren des Gesundheitsministers punkto verpflichtende Herkunftskennzeichnung muss ein Ende haben. Diese wird nicht nur seit Ewigkeiten von den Bäuerinnen und Bauern, sondern auch von den Österreicherinnen und Österreichern gefordert. Wenn die Regierung schon die Tierwohl-Latte für unsere bäuerlichen Familienbetriebe noch höher legt, muss sie auch für mehr Absatz sorgen", so der LKÖ-Präsident.

Wertvolle Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten

Durch den morgigen Beschluss wird ein neues Stammsaisonier-Modell geschaffen. Dieses basiert auf einer Einigung der "Agrarsozialpartner", also zwischen Landwirtschaftskammer Österreich (LKÖ) und dem Österreichischen Landarbeiterkammertag (ÖLAKT). Saisoniers, die in den vergangenen fünf Jahren (2017 bis 2021) mindestens drei Jahre für drei Monate oder mehr genehmigt in Österreich gearbeitet haben, sollen künftig Beschäftigungsbewilligungen außerhalb der Kontingente erhalten. In der Land- und Forstwirtschaft erfüllen rund 2.000 Personen die genannten Kriterien.

"Zusammen mit dem erneut vorgesehenen Grundkontingent für 2022 bedeutet das eine wertvolle Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten für unverzichtbare Arbeitskräfte aus Drittstaaten. Unseren Betrieben wird somit erleichtert, ihre über die Jahre bewährten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wieder einsetzen zu können", betont Moosbrugger, der Arbeitsminister Martin Kocher für seinen Einsatz - auch im Sinne der heimischen Versorgungssicherheit - dankt. "Die derzeitige Situation war und ist mehr als angespannt. Daher stellt dieser Schritt eine entscheidende Erleichterung und Entlastung dar, auch wenn unsere bäuerlichen Familienbetriebe noch weitere Verbesserungen in diesem Bereich bräuchten", betont Moosbrugger. Durch den geplanten Schritt wird auch der Verwaltungsaufwand für die Betriebe deutlich reduziert.

Mehr Fairness in der Wertschöpfungskette

Außerdem begrüßt Moosbrugger abermals, dass mit der nationalen Umsetzung der EU-Richtlinie gegen unlautere Geschäftspraktiken für mehr Fairness in der Wertschöpfungskette gesorgt wird. Mit der Schaffung einer weisungsfreien, unabhängigen Ombudsstelle ab März 2022 wird eine langjährige LKÖ-Forderung mit Leben erfüllt. (Schluss) - APA OTS 2021-12-15/10:44

Heimische Agrarvertreter betonen Verbesserungen für Tierwohl in vielen Bereichen

Geänderte Maßnahmen in der Nutz- und Heimtierhaltung

Wien, 15. Dezember 2021 (aiz.info). - Mehr als 400.000 Österreicherinnen und Österreicher haben das Tierschutzvolksbegehren von Initiator Sebastian Bohrn Mena unterstützt. Nach dem öffentlichen Hearing und einer intensiven Debatte im Gesundheitsausschuss wurde heute, Mittwoch, im österreichischen Parlament ein umfassendes Tierwohlpaket beschlossen. "Das Tierwohl wird gesteigert und das nicht zulasten der heimischen Landwirtschaft. Mit war es wichtig, dass wir hier die Bäuerinnen und Bauern mitnehmen. Wir stehen für Tierschutz mit Augenmaß und Hausverstand", kommentierte der Tiroler Bauernbund-Abgeordnete und Landwirtschaftskammer (LK) Tirol-Präsident **Josef Hechenberger** den Beschluss rund um das Tierschutzvolksbegehren.

"Wir wollen, dass es den Tieren im Land gut geht. Dafür braucht es klare Regeln, vor allem aber braucht es ein hohes Verantwortungsbewusstsein und Wissen darüber, was Tiere brauchen und wie sie artgerecht gehalten werden müssen", betonte heute ÖVP-Tierschutzsprecher **Franz Eßl** in seiner Plenarrede anlässlich eines umfassenden Entschließungsantrages der Koalitionsparteien, der NEOS und der FPÖ nach parlamentarischen Gesprächen über das Tierschutzvolksbegehren.

Viele zentrale Forderungen des Tierschutzvolksbegehrens wurden umgesetzt. So wird das Schreddern von Küken sowie das Töten von lebensfähigen Küken, außer sie dienen nachweislich der Futtergewinnung, verboten. Zusätzlich wird es Verbesserungen bei den Haltungsbedingungen für Legehennen in Bodenhaltung geben. Auch in der Schweinebranche wird es maßgebliche Verbesserungen geben. So wird die Fixierdauer vor und nach der Geburt von Säuen verkürzt. Das Kupieren von Schwänzen wird endgültig verboten. Besonders bei den Stallungen und Buchten wird sich vieles ändern. Künftig setzt man auf moderne Stallhaltungssysteme mit Bewegungsmöglichkeiten, separaten Liegeflächen, Beschäftigungsmaterial sowie vorgeschriebener Klimatisierung, die ab 2023 zur gesetzlichen Norm in Um- und Neubauten werden.

"Zentral für Tirol ist der Rinderbereich, hier war es mir wichtig, dass neben der Laufstallhaltung auch die Kombinationshaltung weiter erhalten bleibt", so Hechenberger. Künftig werden die Kälbertransporte reduziert und Förderprogramme für heimisches Qualitätskalbsfleisch ausgebaut. Ein wichtiger Hebel dazu ist die Herkunftskennzeichnung. Schlacht- und Mastrinder dürfen in Zukunft nicht mehr in Drittstaaten exportiert werden. Ein System zur lückenlosen Kontrolle von Zuchttransporten in Drittstaaten soll künftig sicherstellen, dass Zuchtrinder aus Österreich nicht als Schlachttiere weiterverkauft werden. Hier wird auch ein Aufbau eines Systems zum Nachweis des Herdenaufbaus in den Zielländern gestartet.

Nicht nur bei Nutztieren gibt es zentrale Verbesserungen, sondern auch bei den Heimtieren. "Wenn den Menschen mal klar ist, dass die Haltung zum Beispiel von Hunden der Rasse Brandlbracke in einer Stadtwohnung nicht tiergerecht ist, dann haben wir schon viel an Bewusstseinsbildung geschaffen", erläutert Eßl. So brauchen Hundehalter künftig einen Sachkundenachweis, Qualzuchten werden genau definiert und je nach Ausprägung verboten. Auch bei exotischen Haustieren wie Schlangen, Exen oder Spinnen wird es strengere Vorgaben geben. Es wird genaue Regelungen bei der Haltung von Exoten und Wildtieren geben und bei einigen Arten wird ein Sachkundenachweis erforderlich sein.

Auch die verpflichtende Einführung einer Herkunftskennzeichnung ist Teil des Tierwohl-Paketes. "Es wurde lange genug geredet, jetzt ist es Zeit zu handeln. Die Herkunftskennzeichnung muss noch im nächsten Jahr umgesetzt werden. Dafür liegen bereits mehrere Beschlüsse, Gutachten und Vorschläge vor, jetzt muss umgesetzt und geliefert werden", so Hechenberger. (Schluss)

ZAG: Geflügelwirtschaft bekennt sich zur sinnvollen Verwendung männlicher Küken

Österreich baut Vorreiterrolle bei tier- und umweltfreundlicher Geflügelhaltung aus

Wien, 15. Dezember 2021 (aiz.info). - Die weltweit gängige Praxis des Schredderns der männlichen Geschwister der Legehennen wird in Österreich nicht mehr angewendet und soll nun auch gesetzlich verboten werden. In einem breiten Schulterschluss der österreichischen Geflügelwirtschaft mit heimischen Zoos und Greifvogelorganisationen sowie den Koalitionsparteien einigte man sich nach einem strukturierten Konsultationsprozess kürzlich in einer Branchenvereinbarung auf ein "Drei-Säulen-Modell" zum Ausstieg aus dem nutzlosen Töten von männlichen Legeküken. Demnach dürfen ab 1. Jänner 2022 keine zuvor lebensfähigen Küken mehr an Einrichtungen der Tierkörperverwertung abgegeben werden. Nur nachweislich von österreichischen Zoos und Greifvogelstationen tatsächlich benötigte Futterküken dürfen qualitätsgesichert an diese Einrichtungen ausgeliefert werden. Parallel dazu unterstützt die Branche die Aufzucht der männlichen Legeküken in den Premium-Programmen der Legehennenhaltung und beobachtet die technische Weiterentwicklung und Praxisreife von möglichst früh nach Brutbeginn ansetzenden Methoden der Früherkennung des Geschlechts im Brutei.

Konkreten Nutzen nachweisen

Die österreichische Geflügelwirtschaft verfügt mit der QGV-Datenbank seit vielen Jahren über ein behördlich anerkanntes Datenbanksystem, über das schon jetzt alle Tierhaltungsbetriebe wie auch die heimischen Brütereien und Schlachtbetriebe umfänglich eingebunden sind. Jeder einzelne Kükenschlupf ist in der Poultry Health Data (PHD) der QGV genau dokumentiert. "Zukünftig werden auch abnehmerseitig österreichische Zoos und Greifvogelstationen in das System eingebunden. Tatsächlich benötigte Futterküken können damit qualitätsgesichert über das System bestellt und abgerufen werden", freut sich QGV-Obmann **Gerhard Skreinig**. Die Geflügelwirtschaft investiert in entsprechende Kühlanlagen und organisiert mit Partnern den Transport zu den Abnehmern. Die QGV übernimmt darüber hinaus in einer freiwilligen Selbstverpflichtung auch die jährliche öffentliche Berichtslegung zu den drei Handlungsoptionen im "Drei-Säulen-Modell".

Futterküken als unverzichtbare Nahrungsquelle

Zoos und Greifvogelstationen brauchen Versorgung mit Futter. "Futterküken stellen eine unverzichtbare Nahrungsquelle für unsere Zootiere, darunter zahlreiche gefährdete Arten, dar", so **Andreas Artmann**, Präsident der Österreichischen Zoo Organisation (OZO). "Für unsere Zoos ist es wichtig, dass hier eine Lösung gefunden wurde, die eine qualitätskontrollierte Bereitstellung dieser Futterküken und ein Töten unter CO₂-Narkose sichert sowie sinnloses Schreddern verhindert", so Artmann. Mit einem gänzlichen Stopp des Tötens von Küken in Österreich hätten große Mengen an Futterküken aus dem europäischen Ausland importiert werden müssen.

Aufzucht der männlichen Legeküken

Österreich war das erste Land weltweit, das im Rahmen einer Branchenvereinbarung in der gesamten Bio-Eierproduktion die Aufzucht der männlichen Legeküken umgesetzt hat. Auch in einzelnen Premium-Programmen in der Freilandhaltung werden männliche Küken aufgezogen. In der nun ausverhandelten Branchenvereinbarung ist vorgesehen, dass die weitere Entwicklung dieser Handlungsoption den strategischen Überlegungen der Marktpartner überlassen bleiben soll. Entstehende Mehrkosten müssten jedenfalls umfänglich abgegolten werden.

Früherkennung des Geschlechts im Brutei

Seit mehreren Jahren laufen weltweit die Forschungen nach einer möglichst früh nach Brutbeginn ansetzenden Methode zur Früherkennung des Geschlechts im Brutei. In Zentraleuropa sind seit Kurzem drei Verfahren im Einsatz. Man unterscheidet zwischen hormonellen Bestimmungsverfahren und spektroskopischen Verfahren. Ein Testgerät eines spektroskopischen Verfahrens war in Österreich im Probetrieb und zeigt sich als theoretisch praxistaugliche Option. Das Geschlecht des Kükens kann je nach Verfahren zwischen dem neunten und dem 13. Tag der Bebrütung bestimmt werden. In der Branchenvereinbarung sieht man es jedoch als zielführend an, einem Verfahren den Vorzug zu geben, dass das Geschlecht möglichst vor dem Einsetzen des Schmerzempfindens feststellt. Die Forschung wird in den nächsten Jahren neue Erkenntnisse liefern, die eine Evaluierung notwendig machen werden.

Vorreiterrolle weiter ausgebaut

"Mit der Branchenvereinbarung für den künftigen Umgang mit männlichen Legeküken ist uns ein weiterer Meilenstein zur Sicherung der heimischen Eierproduktion gelungen. Zusammen mit dem österreichischen Mehrwertpaket an Zusatzleistungen, wie dem AMA-Gütesiegel, der Fütterung von europäischem gentechnikfreiem Soja oder aber dem gänzlichen Ausstieg aus der Käfighaltung sind wir europaweit Vorreiter bei einer ethisch akzeptierten Geflügelhaltung", freut sich EZG-Obmann **Franz Kirchweger**.

Bestmögliche Lösung für Tiere und Umwelt

Der Obmann der Zentralen Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Geflügelwirtschaft, **Franz Karlhuber**, sieht die vorliegende Einigung, nach Abwägung aller Vor- und Nachteile der Handlungsoptionen, als bestmögliche Lösung im Interesse der Tiere und der Umwelt. "Wir freuen uns über die erzielte Einigung und zeigen damit einmal mehr, dass wir in der Verantwortung für unsere Tiere bereit sind, Veränderungen in Kauf zu nehmen. Die Einigung ist vor allem ein Erfolg für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, die seit Jahren beim Einkauf auf hochwertige Eier aus österreichischer Legehennenhaltung vertrauen", erklärt Karlhuber. (Schluss) - APA OTS 2021-12-15/11:31

Strasser: Schulterschluss für mehr Tierwohl schafft neue Perspektiven

Entschließungsantrag mit großer Mehrheit im Parlament beschlossen

Wien, 15. Dezember 2021 (aiz.info). - Im österreichischen Parlament wurde heute der Entschließungsantrag 'für eine tiergerechte und zukunftsfähige Landwirtschaft' mit den Stimmen von ÖVP, Grünen, NEOS und FPÖ beschlossen. "Uns ist ein großer Schulterschluss zum Wohl von Mensch und Tier gelungen. Für die Zukunft heißt dieser Antrag mehr Tierwohl, mehr Planungssicherheit und neue Perspektiven für unsere Bauernfamilien", so ÖVP-Landwirtschaftssprecher und Bauernbund-Präsident **Georg Strasser**

Ohne Bauernwohl kein Tierwohl

"Mit diesem Entschließungsantrag ist ein branchenübergreifender Schulterschluss gelungen. Gemeinsam mit den agrarischen Branchenvertretern, dem Landwirtschaftsministerium, der Landwirtschaftskammer und unserem Koalitionspartner haben wir intensiv an einer nachhaltigen Lösung für mehr Tierwohl - mit Hausverstand und Augenmaß - gearbeitet. Ab 2023 wird es bei Um- und Neubauten von Schweineställen nur mehr Haltungsformen mit eigenen Liegeflächen geben. 1 Mio. Schweine sollen bis 2030 unter den Premium-Standards "AMA-Gütesiegel Tierwohl" sowie "Bio" vermarktet werden. Auch das Verbot des routinemäßigen Kupierens der Schwänze bei Ferkeln wird umgesetzt. Zudem wird das Schreddern von Küken bald der Geschichte angehören. Um den Transport Tausender Kälber aus Österreich in andere EU-Länder zu verringern, wird nun auch die Vermarktung von Kalbfleisch in Österreich gestärkt. 10.000 Kälber aus Österreich sollen regional vermarktet werden. Das heißt, dass es künftig weniger Kälbertransporte gibt", gibt Strasser einen Überblick zu den Maßnahmen des gemeinsamen Antrags.

"Mit dem Pakt für mehr Tierwohl ist im Vorjahr bereits der Grundstein gelegt worden. Jetzt setzen wir weitere Maßnahmen gemeinsam mit den Branchen um. Wir entwickeln uns weiter und kommen so den Wünschen der Gesellschaft nach. Die Kosten für diese höheren Standards werden aber nicht die Bäuerinnen und Bauern alleine tragen können. Daher braucht es begleitende Förder- und Marktanreize, Branchenvereinbarungen und Übergangszeiten. Denn eines ist gewiss: Ohne Bauernwohl kein Tierwohl", so Strasser.

Verantwortung entlang der Wertschöpfungskette

"Damit unsere Familienbetriebe in tierfreundlichere Haltungsformen investieren können, müssen verlässliche Absatzmöglichkeiten vorhanden sein. Es braucht eine starke Bereitschaft aller Akteure entlang der Wertschöpfungskette, einen fairen Preis zu zahlen. Es wird eine Nagelprobe für die Lebensmitteleinzelhändler und die Gastronomie. Jetzt können sie sich zu mehr Tierwohl bekennen", erwartet sich Strasser klare Ansagen. Rund 94 Mio. Euro gibt der Lebensmitteleinzelhandel jährlich für die Bewerbung von Schokolade und Süßwaren aus. "Dieses Geld wäre in der Bewerbung von Tierwohl-Produkten sinnvoller investiert", so Strasser. (Schluss)

Landwirte sehen in der Direktvermarktung die größten Zukunftschancen

Aktuell setzen 28% der bäuerlichen Betriebe auf diese Sparte

Wien, 15. Dezember 2021 (aiz.info). - Direktvermarktung wird von immer mehr Landwirten als Betriebszweig mit den besten Zukunftsaussichten gesehen. Laut einer aktuellen Umfrage der KeyQUEST-Marktforschung unter 500 Betriebsführern landwirtschaftlicher Höfe in Österreich beurteilen 83% die Zukunftsaussichten der Direktvermarktung sehr positiv beziehungsweise eher positiv. Damit attestieren die Landwirte der Direktvermarktung die besten Zukunftschancen im Vergleich mit zehn anderen Betriebszweigen. Dies ist der höchste Wert, der seit der erstmaligen Messung im Jahr 2008 erreicht wurde. Damals im Jahr 2008 gingen 58% der Befragten von einer positiven Zukunft für die Direktvermarktung aus, 2019 waren es bereits 78%.

Neben der positiven Zukunftseinschätzung wird der Aufwärtstrend ebenso durch den steigenden Anteil der Direktvermarkter bestätigt, auch wenn dieser seit 2016 von 27% auf aktuell 28% nur leicht zugelegt hat. Wesentlich stärker gestiegen ist allerdings der Anteil jener Betriebe, für die die Direktvermarktung eine große Bedeutung aufweist, und zwar von 13% im Jahr 2016 auf 17% im Jahr 2021. Studienleiter **Johannes Mayr** erläutert: "Dass die Direktvermarktung wirtschaftlich für die landwirtschaftlichen Betriebe wichtiger wird, sehen wir als klares Indiz für die Professionalisierung dieser Sparte."

Direktvermarktung: jung, gebildet & Bio

Betrachtet man die Struktur der Direktvermarktungsbetriebe, so zeigt sich ein klarer Zusammenhang mit dem Alter des Betriebsführers beziehungsweise der Betriebsführerin: Junge Betriebsleiter setzen wesentlich häufiger auf Direktvermarktung als ältere. Außerdem lässt sich festhalten: Je besser die landwirtschaftliche Ausbildung und je jünger die Betriebsführer, desto größer ist die Bedeutung der Direktvermarktung für den Betrieb. Auch Betriebsführer von Bio-Betrieben setzen wesentlich häufiger auf Direktvermarktung als ihre konventionell wirtschaftenden Kollegen.

"Direktvermarktung bietet den Landwirten, die es verstehen mit ihren Erzeugnissen auf die Kunden zuzugehen, einen Mehrwert durch höhere Wertschöpfung, aber auch höhere Wertschätzung", ist Mayr vom Erfolgsfaktor dieses Betriebszweiges überzeugt. (Schluss)

Klimaschutz: EU-Kommission forciert "Carbon Farming"

Handel mit Zertifikaten angedacht

Brüssel, 15. Dezember 2021 (aiz.info). - Die Einlagerung von Kohlenstoff im Boden ("Carbon Farming") ist ein Beitrag zum Klimaschutz, weshalb die EU-Kommission einen Handel mit Zertifikaten für Karbonsenken in der Landwirtschaft einrichten möchte. In ihrer Mitteilung über "nachhaltige Kohlenstoffkreisläufe" macht die EU-Kommission auf das bisher kaum ausgeschöpfte Potenzial für den Klimaschutz in der Landwirtschaft aufmerksam. Die Anreicherung von Humus im Boden, die Wiederbewässerung von Moorböden und Agroforstsysteme sind mögliche Karbonsenken in der Landwirtschaft. Damit diese ausgeschöpft werden, sollten Landwirte für ihre Bemühungen entlohnt werden.

Im Industriesektor funktioniert der Emissionshandel bereits, erklärte EU-Vizekommissionspräsident **Frans Timmermans** bei der Vorstellung der Mitteilungen in Brüssel. Um ähnliche handelbare Zertifikate im Agrarsektor auf den Weg zu bringen, brauche es eine wissenschaftliche Grundlage und ausreichend Glaubwürdigkeit, führte der Kommissar aus. Er besuchte Pilotprojekte für Karbonsenken auf landwirtschaftlichen Betrieben in Flandern und in den Niederlanden. Für die Landwirte gäbe es neue Einkommensquellen, weshalb sie sich selbst an der Entwicklung von zuverlässigen Zertifikaten beteiligen würden, betonte Timmermans.

Die EU-Kommission schätzt das Einlagerungspotenzial für die agrarischen Karbonsenken in der EU bis 2030 auf 42 Mio. t Kohlendioxid-Äquivalent. In ihrem Vorschlag für die LULUCF-Verordnung erwartet die EU-Kommission, dass durch Wälder und landwirtschaftliche Nutzflächen zusammen bis 2030 rund 310 Mio. t Kohlendioxid-Äquivalent unter dem Strich eingespart werden. Deshalb sollen nach den Mitteilungen der EU-Kommission Landwirte bis 2028 Zugang zu einem funktionierenden Zertifikathandel bekommen. Vorher bedürfe es aber einer Anschubfinanzierung aus dem EU-Agrarhaushalt, räumt die EU-Kommission ein. Außerdem soll eine Expertengruppe zur Entwicklung der Zertifikate eingerichtet werden. Für Ende 2022 kündigt die EU-Kommission einen Gesetzesvorschlag für das "Carbon Farming" an. (Schluss) mö

Frankreich und China unterzeichnen Abkommen über Schweinefleischexporte

Lieferungen auch bei ASP-Ausbruch unter bestimmten Bedingungen möglich

Paris/Peking, 15. Dezember 2021 (aiz.info). - Frankreich kann nun auch im Fall eines Ausbruchs der Afrikanischen Schweinepest (ASP) im eigenen Land weiter Schweinefleisch nach China liefern. Voraussetzung ist allerdings, dass weniger als 20% aller französischen Departements von ASP betroffen sind. Die beiden Länder haben ein entsprechendes Abkommen unterzeichnet und damit möglicherweise ein Modell für die von der ASP bedrohten europäischen Länder geschaffen, wie Reuters und Dow Jones News berichten. Pauschale Verbote des Fleischhandels durch China und andere Importländer aufgrund des Ausbruchs von ASP und anderen Krankheiten wie der Vogelgrippe haben regelmäßig die Ausfuhren aus Viehexportgebieten in Europa und Amerika unterbrochen.

China ist wichtigster Abnehmer für EU

China ist bekanntlich der größte Schweinefleisch-Exportmarkt für Frankreich und die Europäische Union, wobei die chinesische Nachfrage in den vergangenen beiden Jahren sprunghaft gestiegen war, nachdem die ASP den inländischen Schweinebestand stark dezimiert hatte (aiz.info berichtete). Die Schweinepest ist in Frankreich bislang noch nicht aufgetreten, hat sich aber vor allem im Osten Europas ausgebreitet. Zudem wurden vor drei Jahren in Belgien, nahe der französischen Grenze, Fälle bei Wildschweinen festgestellt.

Die neue Vereinbarung ist sofort in Kraft getreten. Sie besagt, dass China Schweinefleischexporte aus nicht betroffenen Regionen Frankreichs zulassen wird, auch wenn die ASP in anderen Teilen des Landes auftritt, wie das französische Wirtschafts- und das Landwirtschaftsministerium mitteilten. "Dieses Abkommen ist das erste seiner Art, das von China zugunsten eines Landes der EU unterzeichnet wurde. Es hat somit Modellcharakter und ist ein Vorbote künftiger Abkommen mit anderen Sektoren und Ländern", sagte der französische Landwirtschaftsminister **Julien Denormandie**. Das chinesische Finanzministerium begrüßte in einer separaten Erklärung das Inkrafttreten des regionalen Abkommens zur Bekämpfung der ASP.

Auch Deutschland verhandelt über Abkommen

Auch Deutschland befindet sich in laufenden Gesprächen mit Peking über ein regionales Konzept. Aufgrund der ASP-Fälle in Ostdeutschland ist die Bundesrepublik seit dem Vorjahr vom chinesischen Markt ausgeschlossen. Frankreichs Einigung sei ermutigend, sagte ein Sprecher des Bundeslandwirtschaftsministeriums in Berlin zu Reuters. Doch Deutschland befinde sich aufgrund des Auftretens der ASP auf seinem Territorium in einer anderen Situation.

Eine weitere Tierkrankheit, für die sich die Exportländer um eine Regionalisierung des Handels mit China bemühen, ist die Vogelgrippe. Die USA haben bereits im Rahmen ihres Phase-eins-Handelsabkommens mit Peking eine Regionalisierungs-Vereinbarung für die Vogelgrippe abgeschlossen. Frankreich hat in den vergangenen Wochen Ausbrüche dieser Seuche verzeichnet. Die Geflügelexporte nach China sind laut Daten der Landwirtschaftsagentur FranceAgriMer seit Ende 2020 verboten, nachdem in Frankreich die Vogelgrippe ausgebrochen war. (Schluss)

Nachfragebelebung bei Nadel-Industrierundholz im Inland

Österreichische Sägeindustrie ausreichend bevorratet - Preise haben sich stabilisiert

Wien, 15. Dezember 2021 (aiz.info). - Das österreichische Wirtschaftswachstum legte im dritten Quartal kräftig zu und wurde maßgeblich vom privaten Konsum getragen. Obwohl in manchen Bereichen Material- und Arbeitskräftemangel die Geschäftstätigkeit hemmt, sind die heimischen Unternehmen weiterhin äußerst optimistisch. Die Inflationsrate ist gestiegen, hauptsächlich verursacht durch die hohen Energiepreise. So waren im Oktober Mineralölprodukte um mehr als 35% teurer als im Vorjahr.

Die Standorte der österreichischen Sägeindustrie sind, angepasst an ihre Absatzmöglichkeiten für Schnittholzprodukte, ausreichend mit Nadelsägerundholz bevorratet. Eine Belebung der für diese Jahreszeit unüblich geringen Nachfrage wird erst für Mitte Jänner erwartet, wenn die avisierten

Betriebsstillstände zu Ende gehen. Bereitgestellte Mengen werden, soweit es die Witterung zulässt, rasch abtransportiert. Es sind keine unverkauften Waldlager vorhanden. Die Preise haben sich stabilisiert und liegen österreichweit für das Leitsortiment Fichte A/C, 2b zwischen 100 und 110 Euro je Festmeter. Kiefer wird zu unveränderten Preisen eingekauft. Die Lärche hält ungeachtet sonstiger Entwicklungen stabil ihr hohes Preisniveau, die Nachfrage übersteigt das Angebot, teilt die LK Österreich in ihrem aktuellen Holzmarktbericht mit.

Erfolgreiche Nadelholz-Submission

Die erste Nadelholz-Submission in Oberösterreich war erfolgreich. Insgesamt 20 Bieter haben rund 520 Festmeter erstanden. Das Höchstgebot erzielte eine Fichte mit 556 Euro, der Durchschnittspreis betrug 218 Euro.

Die Nachfrage nach den wichtigsten Laubhölzern Eiche und Buche ist ausgesprochen rege. Auch für Esche wurden die Preise angehoben. Bei Ahorn und Nuss können nur die besten Qualitäten gut vermarktet werden. Der Absatz von Kirsche und Birne gestaltet sich hingegen derzeit schwierig.

Ende Jänner finden wieder die Laubwertholz-Submissionen in Ober- und Niederösterreich statt. Geeignete Stämme sollten noch vor der Ernte dem Forstberater beziehungsweise Waldhelfer gemeldet werden, um eine wertoptimierte Ausformung zu ermöglichen.

Neben Faserholz auch vermehrt Schleifholz abgenommen

Der geringere Anfall an Sägenebenprodukten führt zu einer Nachfragebelebung bei Industrierundholz. Neben Faserholz wird auch vermehrt Schleifholz abgenommen. Vereinzelt spiegelt sich die Belebung bereits im Preis wider, regional wurde dieser um bis zu 10 Euro/AMM angehoben. Frachtkapazitäten sind ausreichend vorhanden, bereitgestellte Mengen werden rasch abtransportiert. Die Nachfrage nach Rotbuchenfaserholz ist bei stabilen Preisen unaufgeregt.

Die enorm gestiegenen Preise für Mineralölprodukte beeinflussen derzeit die Situation am Energieholzmarkt kaum. Mit Ausnahme von Kärnten und Salzburg, wo im Zuge der gestiegenen Faserholzpreise auch die Energieholzpreise angepasst wurden, sind zusätzliche Mengen außerhalb bestehender Langfristverträge kaum abzusetzen. Die Abnehmer sind ausreichend bevorratet. Einen jederzeit regen Absatz zu guten Erlösen erzielt das klassische, ofentrockene Brennholz. (Schluss)

Tirol: Ausbreitung der Rinderseuche IBR/IPV verhindert

Geisler: Entwarnung für 78 indirekte Kontaktbetriebe

Innsbruck, 15. Dezember 2021 (aiz.info). - "Das veterinärbehördliche Kontrollsystem des Landes Tirol hat gegriffen und eine Ausbreitung der für Menschen zwar ungefährlichen, aber für Rinderbauern mit großen wirtschaftlichen Einbußen verbundenen Rinderkrankheit IBR/IPV verhindert", gibt LH-Stellvertreter **Josef Geisler** Entwarnung hinsichtlich dieser Tierseuche.

Ende November war bei einer Stichprobenkontrolle auf einem großen Milchviehbetrieb im Bezirk Innsbruck-Land bei aus dem benachbarten Ausland angekauften Rindern die Krankheit IBR/IPV festgestellt worden. Die weiterführenden Untersuchungen ergaben, dass beinahe alle untersuchten

Tiere des betroffenen Milchviehbetriebes Antikörper auf IBR/IPV aufweisen und damit Virusträger sind und das Virus weiterverbreiten können. Der Betrieb wurde umgehend mit einer Sperre belegt, der gesamte Tierbestand muss in den nächsten Wochen geschlachtet werden. "Trotz Ausmerzentschädigung ist dies ein schwerer Schlag für die Bauernfamilie", weiß Geisler. Nach Reinigung und Desinfektion des Betriebes können wieder neue Rinder eingestellt werden.

Beschränkungen im Viehverkehr aufgehoben

Entwarnung gibt es hingegen für 78 indirekte Kontaktbetriebe. Dort konnten die Beschränkungen im Viehverkehr bereits aufgehoben werden, nachdem im Zuge der Milchuntersuchung auch Tests auf IBR/IPV durchgeführt wurden und diese ohne Ergebnis waren. Auf einem direkten Kontaktbetrieb steht in den nächsten Tagen noch eine abschließende Untersuchung aller Tiere mittels Einzelblutproben an. Wird die Seuchenfreiheit bestätigt, kann auch hier die Viehverkehrssperre des Betriebes wieder aufgehoben werden.

"Beim aktuellen Fall konnte ein Seucheneintrag rechtzeitig erkannt und eine Verbreitung verhindert werden. Allen Betrieben, die Rinder aus dem Ausland zukaufen, raten wir seitens der Veterinärbehörde jedenfalls, die gekauften Tiere bis zum Abschluss der Untersuchungen nach Möglichkeit getrennt vom übrigen Rinderbestand in einem eigenen Stall zu halten", empfiehlt **Paul Ortner**, stellvertretender Landesveterinärdirektor. Der Eintrag von IBR/IPV habe einmal mehr gezeigt, dass der ausgezeichnete Gesundheitszustand der heimischen Nutztierbestände keine Selbstverständlichkeit sei.

Die Rinderkrankheit IBR/IPV wurde in Tirol Ende der 1980er-Jahre unter großen Anstrengungen der Veterinärbehörden und der Rinderhalter erfolgreich ausgerottet. Die österreichischen Rinderbestände sind seit vielen Jahren amtlich anerkannt frei von IBR/IPV, dies bringt wesentliche Erleichterungen im Viehverkehr. Neben Österreich haben nur Deutschland, Skandinavien, die Provinz Bozen und die Region Aosta in Italien sowie Tschechien und die Schweiz den Status der von der EU amtlich anerkannten IBR/IPV-Freiheit. (Schluss)

Agrana: Ergebnis im dritten Quartal 2021/22 höher als erwartet

Ziel für Konzern-EBIT im Gesamtjahr unverändert

Wien, 15. Dezember 2021 (aiz.info). - Das Konzern-EBIT der Agrana Beteiligungs-AG fiel im dritten Quartal des Geschäftsjahres 2021/22 (1. September bis 30. November 2021) mit 31,2 Mio. Euro höher als erwartet aus. Der Treiber dafür waren deutlich gestiegene Erlöse im Segment Stärke, zurückzuführen auf historisch hohe Ethanol-Notierungen. Damit erzielte der Frucht-, Stärke- und Zuckerkonzern in den ersten drei Quartalen (1. März bis 30. November 2021) ein Ergebnis der Betriebstätigkeit (EBIT) von 76 Mio. Euro. Die Umsatzerlöse betragen 2.169,6 Mio. Euro (Vorjahr: 1.965,3 Mio. Euro).

Die Prognose für das volle Geschäftsjahr 2021/22 mit einem deutlichen Anstieg beim Konzern-EBIT bleibt unverändert; das Ergebnis der Betriebstätigkeit soll um zumindest 10% gesteigert werden, teilt das Unternehmen mit. Aufgrund der extremen Volatilitäten bei Rohstoff- und Energiepreisen und einer wieder verschärften COVID-19-Situation ist diese Prognose allerdings von einer sehr hohen Unsicherheit geprägt. Weitere Details zum Geschäftsverlauf in den ersten drei Quartalen 2021/22

und nähere Informationen zu den einzelnen Segmenten veröffentlicht der Konzern wie geplant am 13. Jänner 2022. (Schluss)

Russland: Anstieg der Getreideerzeugung 2022 um 5 Mio. t vorhergesagt

Winterbestände in gutem Zustand

Moskau, 15. Dezember 2021 (aiz.info). - In Russland sagt das staatliche Agrarlogistikunternehmen Rusagrotrans für 2022 eine Getreideproduktion in Höhe von bis zu 126,7 Mio. t voraus, wovon 80,5 Mio. t Weizen ausmachen sollte. Das wären 5 beziehungsweise 4,3 Mio. t mehr als die vorläufigen Schätzungen für die diesjährige Ernte, geht aus den Ausführungen von **Igor Pavenskij**, Chef des Analyse zentrums von Rusagrotrans gegenüber dem Moskauer Wirtschaftsinformationsdienst FinMarket hervor. Außerdem dürften die Erträge von Gerste um 1,3 t auf 19,3 Mio. t steigen und jene von Körnermais dagegen um 1,1 t auf 14,2 Mio. t sinken. Der Experte wies dabei auf den bislang guten Zustand von Wintergetreide und das ausreichende Niveau der Bodenfeuchtigkeit hin.

Zwar soll die Anbaufläche von Wintergetreide zur Ernte 2022 mit gut 18,8 Mio. ha um 1 Mio. ha kleiner gegenüber dem im Vorjahr verzeichneten Rekord ausgefallen sein - vor allem wegen der deutlichen Minderaussaat im Föderationskreis Wolga-Gebiet - allerdings waren in der vergangenen Saison auch die Auswinterungsverluste mit 2 bis 3 Mio. ha überdurchschnittlich hoch. Zugleich dürfte das Areal von Sommergetreide mit rund 12 Mio. ha dem mehrjährigen Durchschnitt in etwa entsprechen. (Schluss) pom